

Frau Anne Tulke
Herr Dr. Rainer Vorberg
Herr Roland Weber
Frau Ruth Weitz
Herr René Wendland
Herr Wolfgang Zöllner

Entschuldigt gefehlt haben:

Kreistagsmitglieder

Frau Marion Becker
Herr Walter Berninger
Herr Joachim Bieber
Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Frau Emma Fichtl
Frau Rita Follner
Herr Thomas Köhler
Frau Hannelore Kreuzer
Herr Matthias Luxem
Herr Ludwig Ritter
Herr Peter Schmitt
Herr Manfred Schüßler

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dr. Erwin Dittmeier, Medizinaldirektor
Frau Eva Erfurth, Bereichsleitung Controlling
Herr Regierungsrat Oliver Feil
Herr Verwaltungsdirektor Dietmar Fieger
Herr Alfons Opolka, Geschäftsführer ARGE-Miltenberg
Herr Verwaltungsoberamtsrat Gerhard Rüth
Frau Nadja Schillikowski, Fachkraft für bürgerschaftliches Engagement und Seniorenarbeit
Herr Verwaltungsoberamtsrat Kurt Straub, Kämmerer
Herr Verwaltungsamtsrat Manfred Vill
Herr Verwaltungsoberamtsrat Rainer Wöber
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Herr Prof. Dr. Stark, Vizepräsident der Hochschule Aschaffenburg,
Fakultät Ingenieurwissenschaften

Zu TOP 1

Tagesordnung:

- 1 Vorstellung von Frau Nadja Schillikowski, Fachkraft für bürgerschaftliches Engagement und Altenhilfeplanung und Seniorenarbeit
- 2 Beteiligung des Landkreises Miltenberg am Zentrum für wissenschaftliche Services und Transfer (ZEWIS)
- 3 Abwicklung des Haushaltes 2010
- 4 Bericht über die Arbeit der ARGE Miltenberg
- 5 Weiterer Vollzug des Sozialgesetzbuches (SGB) II - Jobcenter oder Option?
- 6 Veröffentlichung von Niederschriften im Internet - Änderung des § 28 der Geschäftsordnung für den Kreistag und seine Ausschüsse
- 7 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Beteiligung des Landkreises Miltenberg am Zentrum für wissenschaftliche Services und Transfer (ZEWIS)

Verwaltungsoberratsrat Rüdiger erläuterte den Sachverhalt:

Bereits in der Sitzung des Kreistages am 17. Mai 2010 haben wir erstmals über die geplante Einrichtung von ZEWIS auf dem Gelände des Industrie-Center Obernburg kurz informiert. Die Hochschule Aschaffenburg hat unter Führung von Vizepräsident Stark das Projekt ZEWIS entwickelt. Anders als Universitäten verfügen Hochschulen über keinen akademischen Mittelbau und keine angeschlossenen Institute, die Service und Technologietransfer übernehmen könnten. Ziel von ZEWIS ist es, die Hochschule Aschaffenburg in die Lage zu versetzen, eine neue Qualitätsstufe bei der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu erreichen. An der Entwicklung des ZEWIS-Projektes waren insgesamt 17 Professoren beteiligt.

Für den regulären Betrieb von ZEWIS, der zunächst auf fünf Jahre ausgelegt wird, sind nach Berechnungen der Hochschule rund 10 Millionen Euro notwendig. Wegen den noch fehlenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen gibt es dafür noch keine Förderzusage. Die Hochschule will aber noch in diesem Jahr mit dem Aufbau ihres Technologietransfer-Zentrums beginnen. Für ein Vorlaufprojekt sind Fördermittel von ca. 550.000 Euro in Aussicht gestellt, der Förderantrag steht kurz vor der Genehmigung. Im Rahmen des Vorlaufprojektes werden zunächst Themen aus den Schwerpunkten Materials (Biosensorik, Biologische Mikrosysteme, Prüftechnik), Lasermaterialbearbeitung, Bearbeitung von Mikrosystemen und Energieeffizienz bearbeitet.

Am 22. September 2010 fand eine Informationsveranstaltung auf dem Forschungsgelände der ICO statt. Anwesend waren neben den Vertretern der Hochschule und Politik, Vertreter der Wirtschaft und der IHK Aschaffenburg. Gerade die anwesenden Industrievertreter bekundeten starkes Interesse an einer projektorientierten Zusammenarbeit mit ZEWIS. Alle

Sitzungsteilnehmer begrüßten die hinter ZEWIS stehende Idee angewandter Forschung und Technologietransfer.

Seitens des Wirtschaftsministeriums ist es wichtig, dass der Wirtschaftsraum vor Ort eine solche Forschungseinrichtung nachhaltig unterstützt. Die Mainsite-Services GmbH stellt die Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung. Damit kann die bereits vorhandene Forschungsinfrastruktur mitgenutzt werden. ZEWIS kann nicht nur ein Innovationsmotor für die ganze Region werden, sondern wird auch eine stärkere Verankerung der Hochschule im Landkreis Miltenberg bewirken. Wir haben mit dieser Einrichtung einen kompetenten akademischen Ansprechpartner für Innovation und betriebliche Fragestellungen vor Ort. Dies verbessert auch die Verfügbarkeit an akademisch ausgebildetem Nachwuchs für die Unternehmen in der Region.

Der Landkreis Miltenberg unterstützt deshalb dieses Projekt auch mit einer jährlichen Beteiligung an den Betriebskosten von 20.000 Euro.

Landrat Schwing begrüßte Prof. Dr. Stark von der Hochschule Aschaffenburg und bat um kurze und präzise Fragen, da dieser im Anschluss einen weiteren Termin wahrnehmen musste.

Prof. Dr. Stark erläuterte sodann den Sachstand anhand der anliegenden Präsentation.

Kreisrat Rüth dankte Prof. Dr. Stark für seine Leistung und die großartige Chance für die Wirtschaft am bayerischen Untermain und die Verzahnung zwischen Hochschule, Wirtschaft und Mittelstand. Er bat darum, auch in der Zukunft nicht locker zu lassen.

Kreisrat Dr. Steidl fragte, ob es sich bei dem größten Anteil der 1.000 m² wirklich um Forschungseinrichtung handele.

Prof. Dr. Stark bestätigte dies und ergänzte, ca. 400.000 € werden in apparative Grundausstattung investiert.

Kreisrat Scholz fragte in Bezug auf Energieeffizienzthemen, ob es Kooperationspartner in der Region gebe.

Prof. Dr. Stark bestätigte dies ebenfalls und nannte explizit das BMZ in Karlstein, in Bezug auf Elektromobilität bezog er sich auf lokale Hersteller und Energieeffizienz beziehe sich beispielsweise auf Firmen, die sich der Beförderung mit elektrischen Maschinen befassen, die dies besonders energieeffizient ausführen.

Kreisrat Maurer stellte die Frage, ob auch Studenten in der Einrichtung tätig sein werden, oder eher wissenschaftliche Mitarbeiter und Verwaltungsleute.

Prof. Dr. Stark bemerkte, ein wesentlicher Punkt für das Zentrum sei das Masterprogramm. Im Vergleich zu anderen Hochschulen habe man unterschiedliche Master, hier werde in einem dreisemestrigen Aufbaustudium der Master gemacht, mehr als die Hälfte der Kreditpunkte werde über ein Projekt erreicht.

Kreisrat Dotzel fragte Prof. Dr. Stark nach seiner Zuversicht, ob sich das Zentrum nach der Anschubfinanzierung über fünf Jahre in Höhe von 10 Mio. Euro zuverlässig selbst finanziere.

Prof. Dr. Stark antwortete, es sei natürlich kein Selbstläufer. Zunächst habe man sechs Startfelder definiert und dann müsse man zunächst Zielzahlen festlegen. An Einnahmen zähle jeder Euro, dies bedeute, es müssten nicht zwingend Industrieeuro sein. Alles außerhalb des

regulären Hochschuletats werde als Einnahme verrechnet. Insbesondere habe man als Hochschule natürlich das Ziel, von der Quote staatlicher Förderprogramme herunterzukommen. Er gehe nicht davon aus, dass die staatliche Finanzierung sich über fünf Jahre halte. Nach drei Jahren sei daher eine Bestandsaufnahme angedacht, um die Ressourcen und Selbstfinanzierung zu überprüfen.

Landrat Schwing dankte Prof. Dr. Stark für seinen Bericht und betonte die gemeinsame Chance, eine solch wichtige und bedeutende Forschungseinrichtung im ICO in die Region bayerischer Untermain zu bringen. Dafür lohne sich der monatelange Aufwand. Man könne sich nur gegenseitig viel Erfolg wünschen.

Prof. Dr. Stark dankte ebenfalls und hoffe auf eine verantwortungsvolle Entscheidung.

Kreisrat Michael Berninger stellte fest, Entscheidungen wirkten auf Papier oft klein, trotzdem handele es sich um weitreichende politische Weichenstellung, auch wenn der Betrag relativ klein sei. Man entscheide über eine enorme Chance für die Zukunft. Zum Einen habe man erstmals ein wissenschaftliches Forschungsprojekt im Landkreis, zum Anderen biete es die Chance, den „Schullandkreis“ langfristig weiterzuentwickeln, vielleicht auch zu einem „Hochschullandkreis“. Dies sei eine weitreichende Vision, aber irgendwann fange es mit einem kleinen Schritt an. Weiterhin habe man bei uns bereits eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen den Firmen im Mittelstand im Landkreis, die den Großteil der Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Gerade diese Firmen stünden hinter diesem Projekt und drängen auf die Umsetzung dieses Projektes und möchten ihren Beitrag dazu leisten. Insofern handele es sich um einen verhältnismäßig geringen Beitrag für die Zukunftsgestaltung. Für die Standortgemeinden Elsenfeld und Erlenbach handele es sich um eine wichtige Entscheidung. Daher werde auch er im Stadtrat darüber debattieren lassen, ob man nicht auch dies Projekt auf die eine oder andere Weise unterstützen könne, da er es für weitreichend und zukunftsfruchtig halte. Natürlich müsse das Projekt auch von der Kommunalpolitik gewollt sein. Er habe am Morgen in der CSU-Fraktion feststellen können, dass man das gemeinsam und voll mittrage.

Kreisrat Dr. Fahn stimmte Kreisrat Berninger zu, auch er halte das Projekt für eine tolle Sache, die auf jeden Fall unterstützungswürdig sei. Auch in seiner Fraktion sei man einstimmig dafür. Bayern bestehe nicht nur aus Südbayern und gerade der nördliche Raum werde oft von München vernachlässigt. Er sei der Meinung, wenn der Bayerische Ministerpräsident quasi die Zusage bereits gegeben habe, müsse dies auch umgesetzt werden. Dies sollte im bayerischen Haushalt machbar sein, wenn man von gleichen Lebensbedingungen in Bayern ausgehe. Weiterhin frage er sich, welche Beiträge von Landkreis oder Stadt Aschaffenburg vorgesehen seien.

Landrat Schwing beantwortete, es sei von Anfang an klar gewesen, dass ein deutlicher Beitrag der Region erwartet werde. Der größte Beitrag komme von Seiten der Industrie durch die zinslose Überlassung der Räume für fünf Jahre. Daher seien 20.000 € pro Jahr leistbar und er habe dies in Aussicht gestellt, um den Zuschlag zu erhalten. Jetzt sei die richtige Zeit für solch ein wichtiges Projekt für die Region und die Zukunft und eine einmalige und erstmalige Chance. Alle sollten an einem Strang ziehen. Es sei eine tolle Erfahrung, wie die mittelständische Wirtschaft hinter der Hochschule stehe. Man habe die Chance, damit zur Hochschule der Region zu werden. Man solle kein Wasser in den Wein gießen, sondern positiv nach vorne denken und lenken.

Kreisrat Scholz sprach für die ödp und sagte die Unterstützung zu. Die Vorgehensweise und vorherige Zusage durch Landrat Schwing sei völlig in Ordnung gewesen. Manchmal müsse man schnell reagieren. Es handele sich um die erste Forschungseinrichtung im Landkreis, dies solle man sich leisten.

Landrat Schwing verwies auf die Vorlage und die Sitzung vom 17.05.2010, so dass jeder seit einem halben Jahr davon Kenntnis haben müsse.

Kreisrat Dr. Linduschka gab bekannt, es gebe keinen Zweifel daran, dass die Chancen für dieses Projekt hervorragend seien. Es müsse allerdings möglich sein, in einem Gremium wie dem Kreistag über so etwas sachlich zu reden und ein solches Vorhaben zu besprechen. Er halte daher die Verfahrensweise nicht für richtig. Er habe von der Zusage aus der Zeitung erfahren. Als Kreisrat hätte er gerne darüber mitbeschlossen, auch wenn er natürlich zugestimmt hätte. Daher gehe es ihm um die Verfahrensweise.

Landrat Schwing wies erneut auf die letzten Kreistagssitzungen und die Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden hin, auch hier sei das Thema vertieft worden. Bereits am 17.05.2010 habe er bekannt gegeben, dass eine Beteiligung geplant sei. Auch am Ende der Ferien in der Fraktionssitzung habe man dies besprochen. Er habe vor Ort ausdrücklich gesagt, dass der Kreistag noch beschließen müsse, er habe der Presse nie den Beschluss, sondern nur die Aussicht darauf mitgeteilt.

Für Kreisrat Dr. Kaiser sei die Verfahrensweise ebenfalls wichtig, diese gehöre zur Achtung eines Gremiums. Zum Thema sagte er, natürlich werde man der Vorlage gern zustimmen. Ein Appell sei daher gar nicht notwendig, dies sei eine Selbstverständlichkeit. Es handele sich um eine wichtige Chance für den Landkreis, die man nur dadurch bekommen habe, dass zu Beginn der Gründung der Hochschule die vorgesehenen Anwenderzentren eingerichtet worden seien. Natürlich solle Prof. Dr. Stark Anerkennung für sein Engagement erfahren. Die Stadt Aschaffenburg habe damals bei Gründung der Hochschule von der Bundesvermögensverwaltung die Grundstücke gekauft für 10 Mio. DM und habe diese dem Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt. Insofern leiste man im Vergleich zum Gesamtvolumen einen relativ kleinen Beitrag. Wichtig sei die Umsetzung. Er äußerte die Bitte an den Landrat und die CSU-Fraktion, nicht nur Appelle an Gemeinsamkeit zu stellen, sondern auch gemeinsam zu handeln. Dies sei ein gemeinsames Projekt und nicht das Projekt einer bestimmten Partei. Leider habe die SPD keinen Abgeordneten mehr im Landtag. Alle politischen Kräfte in der Region sollten dies unterstützen, auch nach außen, nur das verspreche Erfolg.

Landrat Schwing antwortete, auch er habe in dieser Art bei der internen Besprechung im ICO so argumentiert. Vielfach sei getan worden, als sei alles in trockenen Tüchern, aber man habe noch einen weiten Weg vor sich. Die Entscheidung fiele erst im Landtag und dazu benötige man die Landtagsabgeordneten. Man müsse gemeinsam an einem Strand und in die gleiche Richtung ziehen. Es gebe genug Beispiele in der Region, bei denen man erfolgreich gewesen sei, als alle für die Region gekämpft haben und zusammen gehalten haben. Er habe immer für ein gemeinsames Auftreten geworben.

Kreisrat Dotzel bemerkte, er gehöre nun seit 1984 dem Kreistag an, aber dies sei eine der weitreichendsten Entscheidungen in 26 Jahren. Man habe noch nie die Chance gehabt, in den Landkreis Miltenberg eine neue Forschungseinrichtung zu bekommen, die mit der Hochschule Aschaffenburg gekoppelt sei. Wenn man die Chance nicht nutze, sei man selbst schuld. Aber es liege ja eine Übereinstimmung vor. Daher hoffe er, dass alle gemeinsam diese Verantwortung wahrnehmen. Man bilde schulisch sehr gute junge Leute aus und viele wichtige gute Personen gingen dem Landkreis verloren, weil sie keinen Arbeitsplatz finden. Daher hoffe er über diese Einrichtung auf die Entstehung einer neuen Situation. Man müsse gemeinsam anpacken.

Kreisrat Dr. Steidl bemerkte, mit dem Ziel gleicher Lebensbedingungen im Freistaat Bayern halte er die Argumentation für etwas gefährlich, da bei uns die Lebensbedingungen und Lebensqualität bereits überdurchschnittlich hoch seien. Natürlich gebe es in München mehr staatliche Forschungseinrichtungen als bei uns. Die CSU-Fraktion werde sich mit aller Kraft

dafür einsetzen, dass diese Forschungseinrichtung zu uns komme.

Kreisrat Stappel bekundete, die Aufklärung über dieses Projekt sei erfolgt und niemand könne behaupten, er habe nichts davon gewusst. Er bemerkte, dass diese Einrichtung nicht nur in unserer Region, sondern für unsere Region wichtig und ein Schritt nach vorne sei. Man habe nichts davon, wenn man die Schulen auf den neuesten Stand stelle und saniere, und nun hier etwas versäume, was zur Weiterbildung enorm wichtig sei für Landkreis und Region. Auch im Namen des Handwerks und des Mittelstandes betonte er dies.

Kreisrätin Weitz bezog sich auf die Fraktionssprechersitzung Ende August, wo sie Kreisrat Dr. Schüren vertreten habe. Dort habe Landrat Schwing erwähnt, einen Förderverein zu gründen, um das Projekt zum Laufen zu bekommen. Daher frage sie nach, ob sich hier schon etwas getan habe.

Landrat Schwing bestätigte, dies sei eine ursprüngliche Idee gewesen, in erster Linie an die Wirtschaft gerichtet. Man habe dies auch an die IHK weitergeben. Entschieden sei allerdings noch nichts und es seien auch noch keine Fäden gezogen worden. Allerdings habe er seit dem Gespräch bei der ICO das Gefühl, es laufe in eine etwas andere Richtung. Dort haben die mittelständischen Unternehmen mitgeteilt, mit Zuschüssen habe man Probleme, aber man könne sich vorstellen, Projekte mit ZEWIS und Hochschule zu machen, die dann so ausgerichtet würden, dass die Hochschule etwas verdiene. So könne die Wirtschaft einen Beitrag zur Erhaltung von ZEWIS leisten. Er wolle den Förderverein nicht ausschließen, glaube aber nicht mehr an diese Entwicklung. Die Idee bestehe aber nach wie vor. Es sei allerdings noch zu früh für die Gründung eines Fördervereines.

Kreisrat Dr. Kaiser bemerkte, man sei sich in der Sache vollkommen einig, er zitiere aber aus zwei Artikeln des Main-Echos vom 01.08.2009 und 30.09.2009, dies sei der Stil, den er vorher moniert habe. Er hoffe in Zukunft darauf, dass man gemeinsam an einem Strang ziehe.

Landrat Schwing stellte klar, dass Kreisrat Dr. Kaiser mit dem Zitat bewiesen habe, dass er recht habe. Zu dem Termin in der ICO sei eingeladen worden und er sei dort genauso Gast wie jeder andere auch gewesen.

Kreisrat Rüth bestätigte den Landrat in seinen Ausführungen.

Auf die Rückfrage von Kreisrat Dr. Fahn auf die Zurverfügungstellung von Bundesmitteln antwortete Kreisrat Zöllner, in Absprache mit dem Forschungsministerium werde ein Antrag im normalen Rahmen überprüft, sofern ein Antrag vorliege.

Der Kreistag fasste einstimmig den

B e s c h l u s s :

Der Landkreis Miltenberg beteiligt sich ab dem Jahr 2010 für fünf Jahre mit einem jährlichen Beitrag von 20.000 Euro an dem neu errichteten Zentrum für Wissenschaftliche Services und Transfer auf dem Gelände des Industriecenter Obernburg.

Landrat Schwing schlug vor, die Beteiligung über die ZENTEC GmbH laufen zu lassen.

Tagesordnungspunkt 2:

Vorstellung von Frau Nadja Schillikowski, Fachkraft für bürgerschaftliches Engagement und Altenhilfeplanung und Seniorenarbeit

Landrat Schwing begrüßte Frau Nadja Schillikowski als Fachkraft für bürgerschaftliches Engagement und Altenhilfeplanung und Seniorenarbeit, die am 01.10.2010 ihren Dienstantritt hatte. Wie bekannt sei, habe man jeweils eine halbe Stelle geschaffen.

Frau Schillikowski stellte sich sodann persönlich vor. Sie finde es schön, ein Thema zu haben, was alle betreffe. Sie freue sich, im Landkreis weiter tätig zu sein, vorher sei sie im Bereich Tourismus tätig gewesen. Sie freue sich auf die neue Tätigkeit als Bindeglied zwischen Politik und Akteuren, die zukunftssträchtig sei und Gestaltungsraum biete sowie Kreativität fordere. Sie hoffe in aller Auftrag diese Aufgabe gut zu erfüllen.

Landrat Schwing dankte ihr und ergänzte, sie müsse sich natürlich erst in die neue Materie einarbeiten und Erfahrungen sammeln, das alles benötige seine Zeit. Daher sei die Führung einer größeren Diskussion heute noch nicht gewollt. Ihre Hauptaufgabe sei in beiden Bereichen, Netzwerke zu gründen beziehungsweise am Leben zu erhalten und mit den Menschen dort zusammenzuarbeiten.

Kreisrätin Weitz dankte Frau Schillikowski für ihre Vorstellung und bemerkte mit, es sei besonders wichtig im Rahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes, die Seniorenbeauftragten vor Ort, die teilweise schon installiert seien, in ihre Arbeit einzuführen. Sie fragte, ob ihre Informationen korrekt seien, dass im November eine Veranstaltung aller Seniorenbeauftragten des Landkreises stattfinden solle.

Frau Schillikowski bestätigte die Vorbereitung der Fortsetzung des Seniorennetzwerkes, der Termin sei für den 11.11.2010 vorgesehen.

Kreisrat Dr. Fahn wünschte ihr alles Gute für ihre Arbeit. Im Prinzip seien ja Konzepte bereits vorgegeben, was man in den nächsten Wochen und Monaten angehen müsse, zum Einen das Seniorenpolitische Gesamtkonzept, zum Anderen das bürgerschaftliche Engagement. Im Jahr 2011 finde das europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit statt, dies sei sicherlich ein wichtiger Aufgabenbereich für sie. Ein Dritter Bereich sei die bayernweite Einführung der Ehrenamtskarte im Jahr 2011.

Kreisrat Dotzel gab den Hinweis, es gebe in vielen Orten bereits Angebote, die nicht über die Seniorenbeauftragten laufen. Um hier anzuknüpfen, empfehle er eine E-Mail an die Bürgermeister, um entsprechende Adressen (z. B. Kolping „Ü55“ binde bis zu 100 Personen) zu erhalten.

Landrat Schwing dankte für den Hinweis, wünschte einen guten Start in beiden Feldern und sicherte den regelmäßigen Kontakt zu den Gremien zu.

Tagesordnungspunkt 3:

Abwicklung des Haushaltes 2010

Kämmerer Straub gab mit Unterstützung von Bereichsleiterin Erfurth anhand beiliegender Präsentation den Haushaltsbericht 2010.

Landrat Schwing ergänzte zu den Abfallgebühren, man habe einen vierjährigen Kalkulati-

onszeitraum und sei erst im zweiten Jahr; man gehe davon aus, vier Jahre lang die Gebühren stabil halten zu können. Dies sei auch gut, da man so keine jährlichen Bescheide versenden müsse und wiederum Einsparungen erzielen könne. Er dankte beiden für ihre Ausführungen. Weitgehend habe sich der Haushalt erwartungsgemäß abgewickelt. Es gebe einige positive Ansätze, beispielsweise KDU oder auch die Gebührenhaushalte, die teilweise viel pessimistischer eingeschätzt worden seien. Seit vielen Jahren Sorge aber der Jugendamtsetat für negative Überraschungen, obwohl man fast jährlich den Betrag nach oben setzen müsse. Bereits im Kreisausschuss habe er gesagt, es zeige, man sei immer noch ein Reparaturbetrieb für die Gesellschaft. Da aber fast alles gesetzlich festgesetzte Ausgaben seien (bis auf die präventiven Ausgaben), könne man nicht einfach aussteigen. Das Jugendamt sei in der Zwischenzeit das größte Sachgebiet, in Bezug auf Personal und auf die Kosten, aber man sei zum Zahlen verdammt und wisse bald nicht mehr, woher man das Geld nehmen solle. Der letzte Abschwung im Jahr 2003 sei im Vergleich deutlich schwächer als dieser, auch wenn dieses Jahr noch nicht so tief sei wie erwartet. Er hoffe nicht auf einen großen Einbruch in 2012.

Kreisrat Frey dankte ebenfalls für die Ausführungen und bat den Kämmerer um einen vorsichtigen Ausblick für das Jahr 2011. Er fragte, ob man dank dem genannten Überschuss in Höhe von 3,2 Mio. € davon ausgehen könne, dass eine erwünschte Kreisumlageerhöhung somit vom Tisch sei oder man sogar zugunsten der Kommunen diese im kommenden Jahr um 1 % senke. Weiterhin sei ihm in Bezug auf den Müllhaushalt aufgefallen, dass man zweimal hintereinander deutlich positive Zahlen geschrieben habe. Daher fragte er den Kämmerer, ob er in den kommenden beiden Jahren davon ausgehe, dass die Mülleinnahmen soweit zurückgehen könnten, dass es dann im Saldo aufgehe oder eine Modifizierung bzw. Reduzierung der Gebühren notwendig werde, um einen ausgeglichenen Müllhaushalt zu bekommen.

Landrat Schwing warf ein, er habe als Landrat weder eine Kreisumlageerhöhung erbeten noch erwünscht. Er sei froh, wenn man eine niedrige Kreisumlage habe.

Kämmerer Straub bestätigte, er sei ein vorsichtiger Kämmerer und sparsam im Umgang mit den Geldern. Er wies darauf hin, dass der Haushaltsbericht den Stand vom 04.10.2010 habe. Natürlich müsse man das Ende des Jahres abwarten. Er gehe nach wie vor aus, dass man am Ende des Jahres in der Finanzrechnung ein Minus von 2 Mio. Euro haben werde. In der Ergebnisrechnung könne man dies nicht haben, da dort Abschreibungen etc. enthalten seien. Zur Kreisumlage könne er zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage treffen, dafür liegen zu wenige Zahlen vor, man sei von anderen Zahlen abhängig. Beim Finanzausgleich des Freistaates Bayern werden 1,3 Mrd. Euro eingespart, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Er wäre froh, wenn er dies auch tun könnte, dies bedeute aber einen sofortigen Stopp von Baumaßnahmen, dies sei nicht machbar. Hinzu komme die Entwicklung der Bezirksumlage, 11 % habe der Bezirk weniger, 5,3 % man selbst, das Ergebnis könne daher noch keiner sagen. Es lägen daher noch einige Unwegbarkeiten vor uns. Erfreulich seien die Ansätze in der KDU, mit denen man weiterplanen könne.

Kreisrat Weber lobte die Controllerin als Instrument im Landratsamt, die es möglich mache, durch eine vierteljährliche Kontrolle schnell zu reagieren. Als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses halte er sie daher für einen wertvollen Partner.

Kreisrat Dr. Fahn halte es für wichtig, dass die Entwicklung der Bezirksumlage noch ungewiss sei. In der Zeitung von einer Erhöhung um ca. 3 % zu lesen könne ja auch einen psychologischen Effekt haben. Er wolle sich aber an keinen Spekulationen beteiligen. Der soziale Bereich sei der kostenträchtigste Bereich, da erinnere er sich an ein Positionspapier des Bayerischen Landkreistages zur Überprüfung der Sozialstandards und fragte an, ob es hier schon eine Antwort gebe. In Bezug auf die Bezirksumlage sprach er Kreisrat Dotzel an.

Landrat Schwing antwortete, ein Papier sei zwischenzeitlich komprimiert worden. Die Staatsregierung habe dies weitergeleitet an den Bundesrat und dieser wiederum empfehlend an die Bundesregierung, dort liege es momentan noch. Passiert sei hier bisher noch nichts. Es gehe mittlerweile um unsere Existenz und die kommunale Selbstverwaltung, die man nicht mehr vernünftig ausüben könne, wenn kein Geld mehr da sei. Er berichtete von einem Artikel in der FAZ über die Situation in Hessen, insbesondere die Kommunen im Rhein-Main-Gebiet, die allein Milliardenbeträge als Kassenkredite hätten.

Kreisrat Scherf dankte ebenfalls Kämmerer Straub und Controllerin Erfurth für ihre Arbeit. Er halte es für bedauerlich, dass man bei Gesprächen über den Haushalt sofort in Diskussionen über die Kreisumlage ende. Eine große Aufgabe sei die Jugendhilfe und wenn man nur auf die Kreisumlage schaue, wäre eine normale Reaktion die Bremse in diesem Bereich, was aber die falsche Antwort wäre. Zur Jugendhilfe sei man aber gesetzlich und ideell verpflichtet, dies sei schließlich die Hilfe für junge Menschen und Familien, die nicht in der Lage seien, ihr Leben zu bewältigen. Man werfe aber in diesem Bereich kein Geld heraus, jede einzelne Maßnahme werde auf ihre wirtschaftliche Notwendigkeit hin geprüft. Ebenfalls bei der Prävention könne man nicht aussteigen, dies leiste man, damit die Not nicht noch größer werde und in der Hoffnung, durch Investition in Prävention dramatischere Hilfemaßnahme zu vermeiden. Abgewandelte zitierte er ein Sprichwort „Wer dem Hänschen nicht hilft, der wird an dem Hans keine große Freude haben“.

Kreisrat Frey wiederholte seine Frage zur Differenz bei den Müllgebühren.

Kämmerer Straub entgegnete, im Umweltausschuss entscheide man über die Müllgebühren und es liege eine Kalkulation über vier Jahre vor. In den ersten beiden Jahren habe man noch Überschüsse, im letzten Jahr 660.000 € erzielt. Diese werden in die Bilanz in die Gebührenüberschüsse eingestellt. Insgesamt habe man einen Gebührenüberschuss in Höhe von 3,2 Mio. Euro. Dieser Überschuss müsse natürlich in dem gewissen Zeitraum aufgebraucht werden. Aller Voraussicht nach werde man in diesem Jahr mit Sicherheit ein Minus haben, welches aus den Gebührenüberschüssen ausgeglichen werden könne. Die Kalkulation hänge von vielen Gegebenheiten ab, die man heute nicht vorhersehen könne.

Landrat Schwing ergänzte, falls Befürchtungen in Bezug auf den Kreishaushalt bestehen könnte, es handele sich um zwei getrennte Systeme. Bisher laufe alles planmäßig. Er hoffe, die Defizite werden nicht so hoch, er würde lieber günstigere Gebühren anbieten.

Kreisrat Dotzel bemerkte, die Steuerkraft sei zurückgegangen, bei z. B. steigenden Ausgaben sei somit die Bezirksumlage kaum zu halten. Daher hängen Bezirksumlage und Kreisumlage auch zusammen. Heute seien allerdings noch zu wenig Zahlen vorhanden. Im Jahr 2011 werde auch Inklusion eine große Rolle spielen. Es sei zu erwarten, dass die Soziallasten noch einmal um 10 Mio. Euro steigen werden. Sollte dies der Fall sein, bedeute dies eine Steigerung der Bezirksumlage um 3 %. Alles darunter wäre ein großer Erfolg. Daran werde täglich Controlling durchgeführt. Zu dem Sozialpapier der kommunalen Spitzenverbände könne er sagen, dies liege beim Ministerium in München, vor einer Woche habe ein Gespräch diesbezüglich stattgefunden. Ein Bundesleistungsgesetz würde die größte Entlastung bringen. Dies sei wiederholt im Gespräch gewesen, aber bisher noch nicht umgesetzt. Das nächste Thema sei der Finanzausgleich. Er bat allgemein darum abzuwarten, vor Februar oder März werde der Landkreis keine guten Zahlen vorlegen können, die dann in einen Haushalt münden. Bis dahin hoffe er, dass alle Reserven auch beim Bezirk und auf anderen Ebenen gefunden seien, damit der Freistaat Bayern den Bezirken eine größere Summe überweisen könne, dies wäre die größte Erleichterung für den Hebesatz.

Landrat Schwing fügte hinzu, der Kämmerer habe längst schon die Reißleine gezogen, man habe dies schon im Blick. Beispielsweise habe man im letzten Jahr beschlossen, noch 7 Mio. Euro in die Realschule Obernburg zu investieren, zwischenzeitlich habe man aber festge-

stellt, dass man sich dies nicht leisten könne. Der Bauunterhalt werde deutlich zusammengestutzt, die könne er jetzt schon ankündigen. Man habe längst angefangen zu sparen. Man müsse alles tun, um über die Durststrecke hinwegzukommen. Man hoffe, es werde in den Jahren 2013 oder 2014 wieder besser.

Kreisrat Dr. Steidl merkte zur Äußerung von Kreisrat Scherf an, es sei leicht, so pathetisch zu sagen, man dürfe im Jugendhilfebereich nicht sparen. Es stelle sich ja die Frage, ob in diesem Bereich die Kosten so stark zunehmen oder die Gesellschaft schlechter werde, ob man stationäre oder ambulante Hilfe nutze, man müsse überlegen was man durch Verschiebung erreichen könne. Er nannte das afrikanische Sprichwort „Um ein Kind zu erziehen braucht man ein ganzes Dorf“. Vielleicht könne das Jahr des Ehrenamtes etwas dazu beitragen. Darüber müsse man insgesamt nachdenken.

Die Kreistagsmitglieder nahmen den Bericht zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht über die Arbeit der ARGE Miltenberg

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Geschäftsführer Opolka und Verwaltungsamtsrat Vill.

Geschäftsführer Opolka gab den Sachstandsbericht zur ARGE Miltenberg anhand beiliegender Präsentation.

Landrat Schwing dankte ihm für seinen Bericht und die gute Überleitung für den nächsten Tagesordnungspunkt.

Die Kreistagsmitglieder nahmen den Bericht zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Weiterer Vollzug des Sozialgesetzbuches (SGB) II - Jobcenter oder Option?

Verwaltungsamtsrat Vill erläuterte kurz den Sachverhalt.

Mit dem SGB II-Weiterentwicklungsgesetz vom 10.08.2010 und einer gleichzeitig erfolgten Änderung von Art. 91 e des Grundgesetzes ist die im Koalitionsvertrag vom Herbst 2009 noch als Regelzustand vorgesehene „getrennte Aufgabenwahrnehmung“ vom Tisch.

Als echte Alternative zur damals aus unserer Sicht einzig sinnvollen „Option“ ist nunmehr auch die Betreuung der Langarbeitslosen gemeinsam mit der Agentur für Arbeit in einem „Jobcenter“ möglich. Zusätzlich werden ab 2012 neben den bestehenden 69 Optionskommunen weitere 41 Träger die Möglichkeit haben, die „Option“ wahrzunehmen. Auf Bayern werden 6 Optionsmöglichkeiten entfallen. Ob angesichts der bisherigen regionalen Verteilung der 4 bayerischen Optionskommunen Unterfranken letztendlich noch einen weiteren Zuschlag erhalten kann, ist fraglich.

Vor allem angesichts der mit einer „getrennten Aufgabenwahrnehmung“ verbundenen Nachteile für die betroffenen Langzeitarbeitslosen, aber auch wegen des erhöhten Verwaltungsaufwands war die getrennte Aufgabenwahrnehmung als „kompliziert, kostspielig, ineffi-

zient und intransparent“ eindeutig abzulehnen. Deshalb hatte der Kreistag am 17.12.2009 eine Resolution gegen die getrennte Aufgabenwahrnehmung verabschiedet und sich für die Ausübung der Option ausgesprochen, soweit die Möglichkeit dazu besteht.

Nachdem die getrennte Aufgabenwahrnehmung nach politischem Widerstand auf breitester Front nun aber vom Tisch ist, macht es Sinn, den Optionsbeschluss vom 17.12.2009 noch einmal zu überprüfen und zu überlegen, ob nicht die im Landkreis Miltenberg sehr erfolgreich gelaufene Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagentur und Kommune fortgesetzt werden sollte.

In einer Arbeitsgruppe, an der auch der ARGE-Geschäftsführer und dessen Vertreter teilnahmen, wurde dies vorgeprüft und die Argumente für und gegen Jobcenter bzw. Option aufgelistet und abgewogen. Die Gesamtmatrix aller von der Arbeitsgruppe gesehenen Aspekte ist als Anlage beigefügt.

Als wichtigste Punkte sind dabei hervorzuheben:

Pro Option:

- Aufsicht bei zuständigen Landesbehörden
- größere Gestaltungsspielräume durch geringere Nachhaltigkeitsmöglichkeiten des Bundes
- Alleinzuständigkeit für Feststellung von Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit
- Einheitlichkeit des Personalkörpers
- Eigene (und bessere) IT-Lösung möglich (als A2LL)

Pro Jobcenter:

- Höhere Kosten der Option durch Wegfall von Synergieeffekten
- Kostenrisiko für den Landkreis bei der Option
- Alleinige Verantwortung für Unterbringungsfrage bei der Option
- kein Umstellungsaufwand
- bessere Chancen für den Erhalt der Arbeitsagentur Aschaffenburg mit Nebenstellen Miltenberg und Obernburg
-

Aufgrund einer für uns unverbindlichen Voranfrage sicherte uns die Agentur für Aschaffenburg mit Schreiben vom 20.09.2010 für den Fall einer weiteren Zusammenarbeit in einem Jobcenter Folgendes zu:

- Herr Alfons Opolka bliebe Geschäftsführer des Jobcenters.
- Solange die Arbeitsagentur den Geschäftsführer stellt, bliebe der Landrat Vorsitzender der Trägerversammlung.
- Die seitherigen Konditionen des ARGE-Vertrags sollen soweit wie möglich fortgelten, soweit nicht haushaltsrechtliche Bestimmungen oder Weisungen des Bundesarbeitsministeriums zwingend entgegenstehen.
- Die Reduzierung des Befristungsanteils von derzeit über 30 (!) % auf maximal 10 % der Beschäftigungsverhältnisse zur Erreichung von personeller Kontinuität wird angestrebt.
- Eine Harmonisierung der Dienstvereinbarungen nach den Standards des Landkreises wird ebenfalls angestrebt.

Der letzte Punkt wurde im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Agentur- und Landkreisvertretern sowie ARGE-Mitarbeitern zusätzlich vorgeprüft und Harmonisierungsmöglichkeiten in den Bereichen Zeiterfassung, Arbeitszeitregelung, Dienstfahrzeugnutzung und Teilnahme von ARGE-Führungskräften am Führungsbarometer des Landkreises gesehen.

Einer ergänzenden Lösung bedarf allerdings die durch die Vorgaben des Bundes begrenzte Stellensituation der Agentur in Verbindung mit einer Vorgabe für den dortigen Befristungsan-

teil, die ansonsten die Beendigung von fünf befristeten Beschäftigungsverhältnisse zum 31.12.2010 notwendig machen würde.

Um dies zu verhindern, ist im Fall der Errichtung eines Jobcenters beabsichtigt, diese fünf befristet beschäftigten Leistungssachbearbeiter der Arbeitagentur in zunächst ebenfalls befristete Arbeitsverhältnisse beim Landkreis zu übernehmen. Der Landkreis hat dadurch keine höhere finanzielle Belastung, weil die Personalkosten aus dem Verwaltungsbudget des Bundes in voller Höhe erstattet werden. Es besteht auch nicht das Risiko einer Ausweitung des sonstigen Personalkörpers des Landratsamtes, weil die Verträge auf ausschließliche Beschäftigung im Jobcenter beschränkt werden sollen.

Nach Abwägung aller Aspekte überwiegen aus Sicht der Verwaltung die Vorteile einer Fortsetzung der bisherigen bewährten Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur in einem Jobcenter als gemeinsame Einrichtung.

Die nachteiligen Aspekte, besonders für die betroffenen Langzeitarbeitslosen selbst, die eine „getrennte Aufgabenwahrnehmung“ mit sich gebracht hätte, werden durch die Hilfestellung „aus einer Hand“ in einem Jobcenter genauso gut ausgeschlossen, wie mit einer Option.

Geschäftsführer Opolka ergänzte, in der Ausgangssituation in den Jahren 2005 und 2006 sei der Mitarbeiterbestand in der ARGE zwischen Bundesagentur und Landratsamt mit jeweils ca. 30 Mitarbeitern relativ ausgewogen. Im Laufe der Zeit seien einige Mitarbeiter zurück in das Landratsamt gewechselt und man habe nicht alle Stellen aus dem Landratsamt heraus wieder besetzen können, sondern es seien externe Bewerber durch die Bundesagentur eingestellt worden. Somit habe sich das Verhältnis verschoben. Insgesamt habe man momentan 61 MitarbeiterInnen, davon seien 17,5 Stellen befristet. Dies sei eine sehr hohe Befristungsquote. Von den 61 MitarbeiterInnen seien 20 aus dem Landratsamt und 41 aus der Bundesagentur. Dadurch habe sich im Laufe der Zeit die Obergrenze für befristet Beschäftigte in der Bundesagentur verschoben. Man könne zum Jahresende fünf momentan in Diensten der Bundesagentur stehende MitarbeiterInnen weiterbeschäftigen, wenn der Landkreis sich bereit erklären würde, diese in seine Dienste zu übernehmen. Dies sei noch dazu mit einem kleinen Bonus für die MitarbeiterInnen verbunden, es handele sich nämlich um MitarbeiterInnen aus der Leistungsabteilung, die im Landratsamt etwas mehr verdienen würden. Für den Landkreis entstehe allerdings kein finanzieller Nachteil, da die Kosten aus dem Budget der ARGE getragen werden. Die Verträge werden allerdings so gestaltet sein, dass die Beschäftigung nur für die ARGE gelte, damit auch die jetzigen Landratsamtmitarbeiter nicht in eine Konkurrenzsituation gelangen.

Kreisrat Dr. Kaiser stellte fest, man habe diese Problematik bereits in der Sitzung des Kreis Ausschusses ausführlich diskutiert. Er stellte aber die Frage, ob auch eine komplette Entfristung der 17,5 Stellen möglich sei. Weiterhin merkte er an, wie erstaunlich die Erfolge anhand der Zahlen seien, zumal die Mitarbeiter in den letzten beiden Jahren erheblich verunsichert gewesen seien.

Geschäftsführer Opolka entgegnete, es sei natürlich schön gewesen, wenn man von den 3.200 im Bundestag freigegebenen Stellen mehr abbekommen hätte, aber leider habe man nur eine einzige Stelle davon erhalten. Dies hänge damit zusammen, dass von den 3.200 Stellen zunächst einmal 900 weggenommen habe, um Etablierungen für Amtshilfekräfte vorzunehmen. Leider habe man nur zwei solcher Mitarbeiter, einer davon gehe sogar am Ende des Jahres in Pension. Man habe kaum Möglichkeiten, solche Amtshilfekräfte zu beschäftigen. 250 weitere Stellen werden für neue Servicecenter für die zentrale Telefonie genutzt. Man habe sich hier aber entschlossen, kein Telefonie-Servicecenter zu nutzen, da man mit den Kunden in persönlichen Kontakt treten möchte. Beim ersten Amtskontakt erhalten die Kunden ihren persönlichen Ansprechpartner und können sich direkt dorthin wenden.

Vom Rest fielen 194 Stellen auf die Regionaldirektion Bayern und dadurch eine auf den Landkreis Miltenberg. Viele Stellen seien nach München verlegt worden, da dort viele befristete Mitarbeiter waren. Man habe es hier auffangen können, indem man den Mitarbeitern zumindest bis 2013 befristen konnte. Dann hoffe man, dass man im Laufe dieser drei Jahre weitere Entfristungen erhalte.

Kreisrat Schötterl dankte Geschäftsführer Opolka für die erfolgreiche Vermittlungsarbeit. Natürlich spreche auch etwas für eine Option, aber es halte sich doch ziemlich die Waage, und den Ausschlag gebe doch die wirklich erfolgreiche Zusammenarbeit. Daher sei die Fraktion der Freien Wähler natürlich für eine weitere Zusammenarbeit.

Kreisrat Reinhard merkte an, dass die fünf MitarbeiterInnen natürlich auch gebraucht werden müssen, sonst würde man sie nicht übernehmen können.

Geschäftsführer Opolka entgegnete, man habe keinen starren Personalkörper. Wenn die Konjunktur sich bessere und Zahlen zurückgehen, reduziere man natürlich auch die Mitarbeiterzahl. Dies geschehe nicht durch Entlassungen, sondern durch Fluktuation. Steigen die Zahlen, stelle man auch wieder mehr Leute ein. In den letzten zwei Monaten habe man 1,5 Stellen durch normale Fluktuation reduziert. Der Rest der Mitarbeiter werde nun in jedem Fall benötigt, auch durch die Neuorganisation.

Landrat Schwing ergänzte, man habe sich bei den gemeinsamen Gesprächen mit der Bundesagentur darauf verständigt, den Befristungsanteil auf 10 % zurückzuführen. Ganz ohne Befristung sei nicht möglich, man müsse flexibel bleiben.

Der Kreistag fasste einstimmig den

B e s c h l u s s :

- 1. Der Kreistagsbeschluss vom 17.12.2009 zu TOP 4 „Zukünftige Aufgabenwahrnehmung im SGB II“ wird aufgehoben.**
- 2. Der weitere Vollzug des SGB II ab 01.01.2011 erfolgt gemeinsam mit der Agentur für Arbeit im Rahmen eines Jobcenters als gemeinsame Einrichtung gemäß §§ 6 d, 44 b ff. SGB II (neu).**
- 3. Der befristeten Übernahme von fünf Angestellten der Agentur für Arbeit Aschaffenburg, die derzeit bis zum 31.12.2010 befristet in der ARGE Miltenberg beschäftigt sind, wird zugestimmt, mit der Maßgabe, dass diese ausschließlich im künftigen Jobcenter eingesetzt werden.**

Tagesordnungspunkt 6:

Veröffentlichung von Niederschriften im Internet - Änderung des § 28 der Geschäftsordnung für den Kreistag und seine Ausschüsse

Verwaltungsdirektor Fieger erläuterte den Sachverhalt:

Seit dem Jahr 2006 ist das automatisierte Kreistagsinformationssystem „KIS“ im Einsatz, das es der Verwaltung ermöglicht, den Sitzungsdienst für die Landkreisgremien effizient zu steuern. Gleichzeitig ermöglicht es den Kreisrätinnen und Kreisräten, sich durch die dort bereit gestellten Unterlagen (Tagesordnungen, Beschlussvorlagen) zeitnah auf die jeweiligen Sitzungen vorzubereiten. Darüber hinaus werden die Niederschriften aus den öffentlichen Sit-

zungen „ins Netz“ gestellt, und das System bietet eine umfangreiche Recherche- und Archivfunktion.

Seit 2009 ist zusätzlich zum Kreistagsinformationssystem ein Bürgerinformationssystem im Einsatz. Interessierte Bürgerinnen und Bürgern können sich so über die anstehenden Sitzungen der Landkreisgremien und über die zur Beratung oder Beschlussfassung kommenden Themen informieren. Auch die kompletten Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen werden in diesem Internetangebot des Landratsamtes einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Bislang fehlt für die Praxis der Veröffentlichung der kompletten Niederschriften eine ausdrückliche Regelung in der Geschäftsordnung. In § 28 Satz 2 GeschO heißt es lediglich: „In öffentlichen Sitzungen gefasste Beschlüsse können im Internet veröffentlicht werden.“

Der Einsatz eines automatisierten Kreistags- und Bürgerinformationssystems steigert ohne Zweifel die Effizienz der Aufgabenerledigung der Verwaltung in der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen. Das Verfahren unterstützt darüber hinaus die ehrenamtliche Tätigkeit der Kreisrätinnen und Kreisräte. Mit dem Bürgerinformationssystem und der damit verbundenen Veröffentlichung von Sitzungsniederschriften erhöht sich die Transparenz der Entscheidungen der Landkreisgremien.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist allerdings darauf hinzuweisen, dass bei einer Veröffentlichung im Internet weltweit eine automatisierte Auswertung der Niederschriften nach verschiedenen Suchkriterien, die beliebig miteinander verknüpft werden können, möglich ist. Sofern auch nur der Mindestinhalt der Niederschriften nach Art. 48 Abs. 1 LKrO ins Internet gestellt wird, können Anwesenheitsprofile einzelner Kreistagsmitglieder angefertigt werden. Auch die behandelten Sitzungsgegenstände enthalten häufig personenbezogene Angaben von Referenten/-innen und Mitarbeitern/-innen des Landratsamtes, die über eine Einstellung der Sitzungsniederschriften in das Internet relativ leicht von Dritten weltweit gesammelt und ausgewertet werden können. Dies zeigt, dass die Veröffentlichung im Internet mit einer neuen Qualitätsstufe des Eingriffs in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verbunden ist.

Bei einer Einspeisung von Daten aus Niederschriften über öffentliche Sitzungen der Kreisgremien in das Internet bestehen auch Gefahren für die Datensicherheit. Es kann nicht absolut sichergestellt werden, dass jederzeit die vollständigen und unverfälschten Daten auf dem Internet-Server zum Abruf bereitgehalten werden. Es besteht die Gefahr, dass die auf dem Internet-Server gespeicherten Daten verändert, zumindest teilweise unterdrückt oder gelöscht werden. In diesem Zusammenhang können auch haftungsrechtliche Fragen nicht ausgeschlossen werden, die auf den Kreis zukommen können.

Diese Risiken müssen bei einer Entscheidung, ob Niederschriften im Internet veröffentlicht werden sollen, mitberücksichtigt werden.

Was im Bürgerinformationssystem veröffentlicht wird, kann von technischer Seite natürlich jederzeit verändert werden. In dem verwendeten Verfahren lassen sich die verschiedensten Einstellungen vornehmen - z.B.:

- Veröffentlichung der kompletten Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen
- Veröffentlichung der Niederschrift mit Schwärzen von Namen (von Kreisrätinnen und Kreisräten, Referenten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung)
- keine Veröffentlichung der Niederschrift
- Veröffentlichung nur der Beschlüsse mit Abstimmungsergebnis.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 07.10.2010 einstimmig dem Kreistag empfohlen, die genannten Beschlüsse zu fassen.

Kreisrat Scholz bemerkte, die Kreistagsgruppe ödp werde dem Vorschlag ebenfalls zustimmen, man entscheide immer in der Sache selbst. Transparenz sei ihnen schon immer ein wichtiges Thema gewesen. Kreisrat Frey habe bereits in der letzten Legislaturperiode den Antrag einer Informationsfreiheitssatzung gestellt.

Der Kreistag fasste einstimmig den

B e s c h l u s s :

1. **Der Veröffentlichung von Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse wird zugestimmt.**
2. **§ 28 Satz 2 der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss und weitere Ausschüsse des Landkreises Miltenberg erhält folgende Fassung:
„Niederschriften über öffentliche Sitzungen werden im Internet veröffentlicht.“**

Tagesordnungspunkt 7:

Anfragen

Kreisrat Dr. Fahn bemerkte in Bezug auf Benchmarking im Bereich der Abfallwirtschaft, im Protokoll des Ausschuss für Natur- und Umweltschutz sei enthalten, dass dies innerhalb eines Jahres geschehen werde und dem Ausschuss berichtet werde. Daher frage er an, ob Landrat Schwing in der nächsten Ausschusssitzung darüber berichten werde, da dies bisher noch nicht erfolgt sei.

Landrat Schwing entgegnete, er habe damals bereits mitgeteilt, es würde schwierig werden, die Kollegen davon zu überzeugen, und so sei es auch gewesen. Sogar im Plenum sei dies nicht akzeptiert worden. Gern könne er dasselbe nochmals im Ausschuss für Natur- und Umweltschutz aussagen.

Kreisrätin Almrither erbat eine Aufstellung der Projekte von Leader in ELER auf Grund der finanziellen Größen.

Landrat Schwing sagte den Versand einer Aufstellung zu.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin